

WIDER|SPRUCH

In: *Widerspruch* Nr. 35 ~~Nie~~ wieder Krieg (2000), S. 45-47

Autor: *Manuel Knoll*

Rezension

Klaus-Dieter Schwarz

Weltmacht USA.

Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 57), hg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Baden-Baden 1999 (Nomos Verlagsgesellschaft), 117 S., 28.- DM.

Die Stiftung Ebenhausen, die sich neben der politikwissenschaftlichen Forschung auch der Politikberatung widmet, ist zwar für solide Arbeiten, nicht aber als Hort des kritisch-oppositionellen Geistes bekannt. Diese allgemeine Charakterisierung trifft auch überwiegend auf die knappe Studie von Klaus-Dieter Schwarz zu, die Macht nicht umfassend als die "Verfügungsgewalt über ökonomische, ideologische, militärische und politische Ressourcen" (Michael Mann) untersucht, sondern ihren klaren Akzent auf die Analyse von militärischer Macht und Strategie der einzig verbliebenen Weltmacht legt. Anders als etwa Paul Kennedy in seinem berühmten Werk *Aufstieg und Fall der großen Mächte* von 1987 blendet Schwarz die ökonomischen Grundlagen der Militärmacht weitgehend aus. Kennedys These, daß die militärisch weltweite Präsenz der USA einer "imperialen Überdehnung" der sich ökonomisch überfordernden Weltmacht gleichkäme, hat offensichtlich in Zeiten einer unvermindert boomenden US-Ökonomie einstweilen ihre Aktualität verloren.

Die detaillierte Beschäftigung mit der Rolle militärischer Macht und mit Streitkräfteplanung mag zwar, wie Schwarz selbst zugibt, "streckenweise eine ziemlich trockene Angelegenheit" (7) sein. Sie rechtfertigt sich aber doch durch die Tatsache, daß die US-Politik weiterhin eine Präferenz für militärische Macht aufweist, durch die sie die internationale Ordnung gemäß ihren Interessen zu gestalten versucht (37). Die Vorstellung, daß "shaping

the international environment” durch militärische Macht möglich ist, wird von Schwarz durchgehend zurückgewiesen: “Militärische Macht kann im wesentlichen nur verhindern, eine *vorteilhafte Umwelt*, den Status quo, erhalten und stabilisieren, nicht aber gestalten” (96, 7f.). Hinzu kommt, daß Schwarz zeigen kann, daß militärische Macht seit dem Kalten Krieg an Bedeutung und politischer Nützlichkeit verloren hat. Denn den neuen Arten der Bedrohung der nationalen Sicherheit – wie etwa durch “informationelle Kriegsführung” und durch kriminelle oder terroristische Gewalt gegen die zivile Basis eines Staates – kann traditionelle militärische Macht nur unzureichend begegnen. Aber auch die von den USA angestrebte Steigerung ihrer Militärmacht durch eine technologisch bedingte “Revolution in Military Affairs”, die von einem Panoptikum aller Truppenbewegungen gekoppelt mit präziser Feuerkraft träumt, kann den zeitgenössischen Sicherheitsbedrohungen wenig entgegensetzen.

Das Fazit des Verfassers lautet: In Anbetracht der globalen (sicherheitspolitischen) Herausforderungen sind die USA zu wenig internationalistisch und büßen deutlich an Führungsfähigkeit ein. Die USA müßte ihren Führungsanspruch weniger durch militärische Mittel und mehr durch eine vorbeugende – Krisen und Konflikte verhindernde – Politik verfolgen. Deshalb wird es Zeit, daß Europa selbständiger wird und im Rahmen der NATO größere eigene sicherheitspolitische Anstrengungen unternimmt. Ist diesen Schlußfolgerungen auch grundsätzlich zuzustimmen, so ist eine der zentralen und argumentativ kaum untermauerten Prämissen von Schwarz zumindest fragwürdig: “Wohl dient es dem Frieden, wenn die USA jeden politischen Gegner militärisch dominieren können, aber auch “weiche” Macht in Form von wirtschaftlichen, technologischen, diplomatischen und kulturellen Instrumenten dient dem Frieden” (8, 96). Warum die militärische Dominanz der USA nicht notwendig dem Frieden dient, soll abschließend kurz anhand der aktuellsten und von Schwarz nicht berücksichtgbaren sicherheitspolitischen Entwicklungen begründet werden.

Am 12. März 1999 nimmt die NATO als Auftakt ihrer Erweiterung nach Osten in Independence (Missouri) Polen, Tschechien und Ungarn auf. Die Kritik Rußlands, daß es dadurch gedemütigt und zunehmend isoliert wird, und die NATO-Erweiterung nach Osten einen neuen Graben in Europa aufreißt, wird auch von manchen Sicherheitspolitikern im Westen als berechtigt angesehen. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, daß sowohl der am 24. März gegen Serbien begonnene Krieg als auch das auf dem NATO-Gipfel in Washington (23./24. April 99) verabschiedete neue

strategische Konzept des Bündnisses das Mißtrauen Rußlands, aber auch anderer Staaten gegenüber dem Westen erhöht. Denn mit dem neuen strategischen Konzept ermächtigt sich die NATO, "Krisenreaktionseinsätze" auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates in regionalen Konflikten (Auflösung von Staaten, ethnische Rivalitäten, Menschenrechtsverletzungen) "an der Peripherie des Bündnisses" (out of area) durchzuführen. Die am 24. 4. 2000 von Putin unterzeichnete neue Militärdoktrin, in der sich Rußland im Falle eines Angriffs das Recht auf einen nuklearen Erstschlag einräumt, ist erklärtermaßen die Reaktion auf die neue Militärdoktrin der NATO. Hinzu kommt als weitere Bedrohung des Friedens der Plan der USA, ein nationales Raketenabwehrsystem NMD (National Missile Defense) in diesem Sommer zu verabschieden. Dieses Projekt würde nicht nur den 1972 mit der Sowjetunion geschlossenen ABM-Vertrag verletzen, sondern auch möglicherweise ein neues Wettrüsten in Gang setzen, an dem nicht nur Rußland, sondern auch China, Indien und Pakistan beteiligt sein könnten. Dem Argument der USA, daß das geplante System "höchstens einige Dutzend" Langstreckenraketen aus den sogenannten "Schurken-Staaten" abwehren könnte und deshalb das Gleichgewicht der Abschreckung nicht beeinträchtigen würde, wäre entgegenzuhalten, daß ein solches System – sollte es denn tatsächlich funktionieren – im Laufe der Zeit deutlich erweitert werden könnte. Allein die Antizipation dieser Möglichkeit von seiten der betroffenen Staaten und die denkbaren Konsequenzen sowie die Vergegenwärtigung der neuen Arten von Bedrohung der nationalen Sicherheit dürfte verdeutlichen, daß die These, daß die militärische Dominanz der USA dem Frieden dient, keineswegs unproblematisch ist.

Manuel Knoll